

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Unterbringung von Flüchtlingen als gesamtstädtische Aufgabe verstehen und finanzieren

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert

1. zeitnah und unter Einbeziehung der Bezirke eine gesamtstädtische Lösung für die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in ausreichender Zahl und menschenwürdiger Qualität zur Verfügung zu stellen.
2. unmittelbar ein Konzept vorzulegen, das die Bezirke finanziell in die Lage versetzt, die notwendigen personellen und sachlichen Voraussetzungen für Kita, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen bereitzustellen. Da die beteiligten Bezirke diese Aufgabe zusätzlich erbringen, darf die zusätzliche Hilfe keine negativen Auswirkungen auf die bezirkliche KLR haben.

Die zuständigen Senatorinnen und Senatoren setzen sich aktiv und öffentlich für das erarbeitete Konzept des Senats mit den Bezirken ein. Die Verantwortung für eine humane und menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge in Berlin liegt in der Verantwortung der zuständigen Senatorinnen und Senatoren. Dazu gehört auch ein sichtbarer Einsatz und ein aktives Werben dieser politisch Verantwortung tragenden vor Ort.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.12.2012 zu berichten.

Begründung:

Der Berliner Senat – in unterschiedlichen Zusammensetzungen – versäumt es seit etlichen Jahren dafür Sorge zu tragen, dass für die steigende Zahl von Asylsuchenden und Flüchtlingen ausreichend Angebote für die Unterbringung zur Verfügung stehen, die humanitären Standards entsprechen. So ist die seit vielen Jahren vom Flüchtlingsrat kritisierte Einrichtung in der Spandauer Motardstrasse noch immer nicht wie geplant geschlossen worden, sondern mittlerweile bei einer Kapazität von 400 Plätzen mit 500 Menschen deutlich überbelegt.

Dabei ist sowohl diesem als auch dem letzten Senat bekannt, dass die Zahl der Asylsuchenden berlinweit zunimmt. Im bisherigen Jahr 2012 wurden 25 % mehr Asylanträge vom Bundesamt entgegen genommen. Im Juni 2013 ist laut Senatsprognose mit 4.360 Personen zu rechnen. Im Juni dieses Jahres waren es 3.417, im Juni 2010 noch 1.460. Weil der Senat es versäumt hatte, dafür Vorsorge zu treffen, die Unterbringung der Flüchtlinge in Wohnungen voranzutreiben und in den Erstaufnahmeeinrichtungen ausreichend Plätze zu schaffen, leben die Flüchtlinge nun unter beengten und menschenunwürdigen Umständen. Die Erstaufnahmeeinrichtung in der Motardstrasse sollte längst geschlossen werden - seit Jahren wurde nichts in den baulichen Zustand investiert. Das Übergangwohnheim (ÜWH) Marienfelde wurde noch vom letzten Senat wieder in Betrieb genommen, zunächst mit 250 Plätzen, dann mit 450. Der jetzige Senat hatte zugesagt, zum Jahresende wieder auf 300 Plätze zu reduzieren, sah sich stattdessen aber offenbar gezwungen, auf 600 zu erhöhen. Aktuell leben dort 560 Menschen, die Hälfte von ihnen Kinder und Jugendliche.

Die Aufnahme von Flüchtlingen muss als gesamtstädtische Aufgabe verstanden werden, an der alle Bezirke gleichermaßen einzubeziehen sind. Insbesondere die Betreuung und schulische Versorgung von Kindern und Jugendlichen, aber auch Freizeitangebote sowie die Gesundheitsprävention (z. B. Impfungen) müssen realisiert und finanziert werden. Es ist nicht zu akzeptieren, dass die Bezirke auf den anfallenden Mehrkosten sitzen bleiben.

Berlin, den 29.10.2012

Pop Bayram
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen